

1645 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t
des Finanzausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 23. März 1977
über ein Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung
für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Erdöl-Lager-
gesellschaft m.b.H. (Erdölbevorratungs-Förderungsgesetz)

Im Gefolge des Beitritts Österreichs zum Internationalen
Energieprogramm, BGBl.Nr.317/1976, wurden im Erdöl-Bevorratungs-
und Meldegesetz, BGBl.Nr.318/1976, die Importeure von Erdöl
oder Erdölprodukten zur Haltung von Pflichtnotstandsreserven ver-
pflichtet. Die Erdöl-Lagergesellschaft m.b.H., deren Stammanteile
von der ÖMV Aktiengesellschaft, Shell Austria Aktiengesellschaft,
Mobil Austria Aktiengesellschaft, BP Austria Aktiengesellschaft,
Agip Austria Aktiengesellschaft und Total Austria Gesellschaft
m.b.H. übernommen wurden, hat als Unternehmungsgegenstand die
Übernahme der Verpflichtung zur Erhaltung von Notstandsreserven,
welche den Importeuren nach den Bestimmungen des oberwähnten Erd-
öl-Bevorratungs- und Meldegesetzes auferlegt wurden. Durch den
vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates soll der Bundes-
minister für Finanzen ermächtigt werden, namens des Bundes für
die von der Erdöl-Lagergesellschaft m.b.H. im In- und Ausland
durchzuführenden Kreditoperationen die Haftung als Bürge und
Zahler bis zu einem ausstehenden Gesamtbetrag von 4.000 Millionen
Schilling an Kapital und 4.000 Millionen Schilling an Zinsen und
Kosten zu übernehmen. Die Kreditoperation darf im Einzelfall den
Betrag von 500 Millionen Schilling an Kapital und 500 Millionen
Schilling an Zinsen und Kosten nicht übersteigen.

Nach den Erläuterungen der Regierungsvorlage unterliegen
von dem gegenständlichen Gesetzesbeschluß des Nationalrates die
Bestimmungen der §§ 5 bis 7 (Regreßansprüche des Bundes, Unent-
geltlichkeit der Bürschaftsübernahme des Bundes, Befreiung von den
Stempel- und Rechtsgebühren) sowie des § 8 soweit er sich auf die
§§ 5 bis 7 bezieht, im Sinne des Art. 42 Abs. 5 B-VG, dem Ein-
spruchsrecht des Bundesrates.

- 2 -

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 29. März 1977 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanzausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 23. März 1977 über ein Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Erdöl-Lagergesellschaft m.b.H. (Erdölbevorratungs-Förderungsgesetz) wird - soweit er dem Einspruchsrecht des Bundesrates unterliegt, kein Einspruch erhoben.

Wien, 1977 03 29

Hermine K u b a n e k
Berichterstatter

S e i d l
Obmann